



Ansporn für Steuerhinterzieher Seite 16

Ein BlackBerry mit echten Tasten WEB Seite 22

derStandard.at/Wirtschaft

Walzer wird an anderen Börsen getanzt

Auf lange Sicht ist Wien weltweites Schlusslicht. Laut einer Studie weist die Börse sowohl bei Aktien als auch bei Anleihen seit 1900 die global schwächsten Erträge auf. Im Gegenzug war mit Unternehmen aus rohstoffreichen Ländern am meisten zu verdienen.

Alexander Hahn

Wien – Bei österreichischen Aktien ist seit der Finanzkrise Sand im Getriebe. Während die Wall Street und die Londoner Börse sich nahe an Rekordniveaus bewegen, liegt der Wiener Leitindex mit minus 45 Prozent um fast die Hälfte unter seinem Höchststand des Jahres 2007. Doch das schwache Abschneiden von Wiener Aktien beschränkt sich nicht nur auf das vergangene Jahrzehnt, wie eine Studie der Credit Suisse für den Zeitraum 1900 bis 2016 belegt. Der heimische Markt zeigt inflationsbereinigt nicht nur bei Aktien das langfristig schwächste Ergebnis unter 23 Nationen, sondern auch bei Anleihen.

Bloß 0,8 Prozent an jährlicher realer Rendite haben österreichische Aktien laut Berechnungen der Credit Suisse im Mittel abgeworfen verglichen mit einem weltweiten Durchschnitt von 5,1 Prozent. Langfristige Bilanz hat zunächst die Hyperinflation der frühen 1920er-Jahre schwer beschädigt, als bei Anleihen mit einem Verlust von 98 Prozent beinahe der ganze Kapitalstock vernichtet wurde. Folglich liegt Österreich auch bei Schuldtiteln mit einem realen Minus von 3,7 Prozent – jährlich, wohl gemerkt – an letzter Stelle. Weltweit erzielten Anleihen im Mittel plus 1,8 Prozent an realen Jahresertrag.

Zusätzlich belastet wurde der heimische Aktienmarkt von seinem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf bis in die 1980er-Jahre, als Wien von Börsenguru Jim Rogers wachgeküsst wurde. In den zwei Jahrzehnten zuvor hat es etwa laut Credit Suisse keinen einzigen Börsengang am Wiener Aktienmarkt gegeben – eine weitere wenig erfreuliche Parallele zur Gegenwart. Seit der Einführung des Flugzeugzulieferers FACC im Sommer 2014 liegt in Wien der Markt für Börsengänge neuerlich brach, sodass nach zuletzt einigen Abgängen nur noch 89 Unternehmen gelistet sind. In den Untersuchungszeitraum der Studie fällt freilich auch der Zerfall der Donaumonarchie, die damals mit 557 notierten Unternehmen auch einen weltweit bedeutenden Börsenplatz beheimatete.

Rohstoffe bevorzugt

Ein Blick über den Alpenrand zeigt, dass bei Aktien vor allem Länder mit hohem Rohstoffvorkommen auf lange Sicht die besten Erträge eingespielt haben. Südafrikanische, australische und US-Unternehmen haben jene 117 Jahre, in denen Pferdegespanne demnächst selbstfahrenden Autos weichen mussten und die Telegrafie von Internet und Smartphone ersetzt wurde, jeweils reale, jährliche Profite von deutlich über sechs Prozent abge-

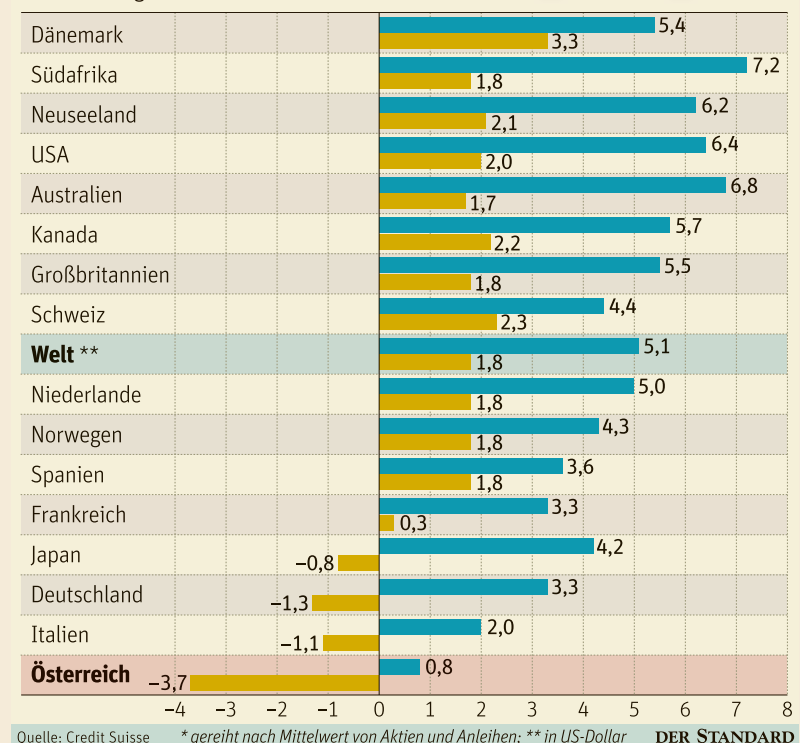
worfen. Südafrika oder Australien ist es nämlich gelungen, ihren Ressourcenreichtum zum Aufbau von breit diversifizierten Volkswirtschaften zu nutzen.

Wenn man von Rohstoffen abieht, hat keine andere Branche einem Land dauerhafte und nachhaltige Vorteile beschereen können. Um 1900 steuerten in den USA jene Branchen wie etwa Eisenbahnen 80 Prozent des Börsenwertes bei, die es heute entweder gar nicht mehr oder in stark abgespeckter Form gibt. Im Gegenzug besteht der britische Aktienmarkt zur Hälfte aus Branchen, die es vor wenigen Jahrzehnten noch gar nicht gegeben hat.

Auffallend ist zudem, dass in allen 23 betrachteten Märkten die langfristige Entwicklung von Aktien deutlich besser ausgefallen ist als jene von Schuldpapieren. Das zeigt, dass das höhere Risiko von Firmenbeteiligungen an den Finanzmärkten auch mit einem gewissen Mehrertrag belohnt wird. Eine Garantie für die Zukunft ist das, wie bei allen historischen Erhebungen, freilich nicht.

Wieviel Börsen langfristig abwerfen

Reale Erträge von 1900 bis 2016*



Tauziehen um Elektroautos in China

Deutsche Regierung lobbyiert in Peking, um die Autoindustrie zu schützen

Berlin – Die deutschen Autobauer können hoffen. Im Zweist um die geplante Quote für Elektroautos am wichtigen chinesischen Markt zeichnet sich ein Kompromiss ab. Die drohenden Hürden dürften niedriger ausfallen als erwartet. Sie hätten in der ursprünglich von China geplanten Form Nachteile für deutsche Autohersteller bedeutet.

Deutschlands Bundesregierung zeigt sich jetzt aber optimistisch, dass die Führung in Peking auf die deutschen Bedenken eingehen werde und die geplanten Quotenregelungen wieder entschärft. Die Gespräche mit der chinesischen Regierung würden mit Zuversicht geführt, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. Kanzlerin Angela Merkel habe mit Ministerpräsident Li Keqiang gesprochen, Details nannte Seibert allerdings nicht.

Dem „Handelsblatt“ zufolge sei die Lösung im Quotenstreit bereits

beschlossene Sache. China werde nach der deutschen Intervention einlenken; die Einführung der Quote werde um ein Jahr auf 2019 verschoben. Außerdem seien Übergangsfristen geplant. Das „Handelsblatt“ beruft sich auf nicht näher genannte Informanten. Die deutsche Regierung bestätigte am Montag allerdings nicht, dass China bereits zugesagt habe, die Einführung der Quote zu verschieben.

Zeitpuffer für Daimler und Co

Ein Aufschub würde deutschen Autobauern wie Daimler, VW und BMW aber guttun. Damit hätten sie einen Zeitpuffer, um ihr Sortiment für den chinesischen Markt nachzubessern und Versäumnisse wettzumachen. Derzeit machen die deutschen Hersteller zwar ein gutes Geschäft in China, bei E-Mobilität hinken sie aber hinterher. Sie produzieren und verkaufen in China fast ausschließlich her-

kömmliche Benziner. Die bisherigen Quotenpläne für Elektroautos hätten sie so nicht erfüllen können.

Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatte die chinesische Führung angekündigt, ab 2018 eine Quote für Elektroautos einzuführen. Ab dann sollten mindestens acht Prozent der in China verkauften Autos mit Elektromotoren oder Hybridantrieben fahren, so der ursprüngliche Plan. Im Jahr darauf sollten es bereits zehn Prozent sein und ein Jahr später sogar zwölf Prozent der Verkäufe. Bei Nichterfüllung waren Strafen vorgesehen.

Diese Pläne waren der deutschen Regierung von Anfang an ein Dorn im Auge. Bereits im November vergangenen Jahres hatte der damalige deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei einem Chinabesuch mit Industrieminister Miao Wei über das Thema gesprochen. (bpa)



Foto: APA / Robert Jäger

Bis Jänner 1998 hatte die heimische Börse ihren Sitz und ihr Handlungsparkett am Wiener Schottenring.